

Antifa-Print #3

Feb. 09



Infoblatt der Antifaschistischen Linken Münster

muenster.antifa.net/al

Die K-Frage stellen!



Als im Oktober die Finanzmärkte zusammen brachen, große Banken pleitegingen oder teilweise vom Staat übernommen wurden, hatte die aktuelle Krise des Kapitalismus, die ihren Anfang am US-Immobilien- und Kreditmarkt nahm, ihren ersten Höhepunkt erreicht. Die Regierungen überschlugen sich seitdem mit immer neuen und milliarden schweren „Retzungspaketen“ und „Konjunkturprogrammen“ für die „notleidene Wirtschaft“. Dabei werden auch altbekannte neoliberale Glaubenssätze wie derjenige, dass sich der Staat nicht in die Wirtschaft einzumischen habe, schnell aufgegeben. Dass die Gewinne im Kapitalismus immer eine private Angelegenheit der KapitaleignerInnen sind, bedeutet schließlich nicht, dass die Verluste nicht doch sozialisiert werden können. Das geschieht zur Zeit. Auch wenn die Auswirkungen der Krise in den Metropolen vielleicht noch nicht überall zu spüren sind, die Zeche für die „Rettungspakete“ wird den Lohnabhängigen und Erwerbslosen vorgelegt werden. Die Krise zeigt deutlich, wie sehr auch unsere gesellschaftliche Reproduk-

tion vom Funktionieren des Kapitalismus abhängig ist, der aber systematisch immer neue Krisen hervorbringt, die diese Reproduktion gefährden und für einen großen Teil der Weltbevölkerung nicht einmal ein Überleben unter kärglichsten Bedingungen garantieren kann.

Gründe genug, dringend die K-Frage stellen: Wege zu finden, den Kapitalismus zu überwinden und durch eine neue, globale Form der gesellschaftlichen Reproduktion zu ersetzen, die ein Leben in Würde und Freiheit für Alle möglich macht. Einen ersten Versuch eine Debatte um die K-Frage anzustoßen, war unsere Veranstaltung im Dezember. Einige Beiträge könnt ihr hier nachlesen. Die Debatte um „Krise, Krieg, Klima, Kapitalismus und ein kommunistisches Danach“ wurde auf dem Antikapitalistischen Ratsschlag der „Interventionistischen Linken“ im Januar fortgeführt, ist aber noch lange nicht zu Ende. Jetzt gilt es eine entsprechende Praxis zu entwickeln. Denn die K-Frage zu stellen heißt konkret, Kapitalismuskritik wieder hör- und sichtbar zu machen.

Hey Leute,

Vier Monate sind seit dem letzten Antifa-Print vergangen. In dieser Ausgabe gibt es diesmal einen Artikel über den Umgang mit dem NPD-Wahlkampf, der in gekürzter Form auch schon in der aktuellen *decrypt* erschienen ist.

Im Dezember haben wir eine Podiumsdiskussion unter dem Motto: „Ich krieg die Krise“ organisiert. In dem gleichnamigen Artikel lassen wir die Referenten der Veranstaltung erneut zu Wort kommen.

Ein Artikel handelt von den Protesten gegen Studiengebühren in Münster Anfang Januar und den Polizeieinsatz gegen die Protestierenden.

Wie immer gibt es ein paar Kurzberichte und Veranstaltungsankündigungen.

Ein reichhaltiges Veranstaltungs- und Kulturprogramm findet auch in dem besetzten Haus Grevenerstr. 53 statt. Die BesetzerInnen freuen sich über euren Besuch. Informationen rund um die Besetzung gibt es auf www.besetzt.de.ms.

Eure Antifaschistische Linke Münster

Kommunalwahl 2009

Wie gegen die NPD vorgehen?

2009 ist ein "Superwahljahr". Neben den für die NPD wichtigen Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen finden Europa-, Bundestags- und Kommunalwahlen statt. Im Juni werden in vielen NRW-Kreisen extrem Parteien versuchen, Kommunalmandate zu erlangen. Zur Wahl stellen sich DVU, Republikaner, PRO-Gruppen und die NPD. Keine dieser Parteien kann flächendeckend antreten, folglich wird es Schwerpunktwahlkämpfe geben. Bis vor wenigen Wochen war eigentlich klar, dass einer dieser Schwerpunkte für die NPD der Kreis Steinfurt sein würde. Nun hat die NPD die Teilnahme an der Wahl abgesagt.

In NRW ist die NPD nicht besonders gut aufgestellt. Thomas Sager charakterisiert den Zustand des Landesverbands in LOTTA Nr. 32 wie folgt: "Gerade einmal 750 Mitglieder zählt die NPD bei rund 18 Millionen Einwohnern: ein NPD-Mitglied auf 24.000 Bürger. Rein rechnerisch verfügt die NPD in jedem der 128 Landtagswahlkreise über gerade einmal sechs Mitglieder." Auch fehle es dem Personal an Kompetenz. Dennoch kann die Partei auf Erfolge hoffen: 2004 reichte es immerhin für vier Kreistageeinzüge (EN, MK, SU, HS) und sieben Stadträte bzw. Bezirksvertretungen. Hier ist wieder mit Kandidaturen zu rechnen, da das lästige Sammeln von Unterstützungsunterschriften entfällt. Seit 2004 hat die NPD ausserdem in vielen Regionen ihre Kreisverbände reaktiviert oder neu aufgebaut. Nach eigenen Angaben verfügt sie in 45 von 54 Kreisen und kreisfreien Städten über "arbeitsfähige Strukturen".

Schwerpunkt Kreis Steinfurt

Schon im Juni 2006 verkündete Markus Pohl, Landespressesprecher der NPD und lokaler Aktivist: "Ziel des nationalen Lagers im Münsterland muss es sein, im Jahr 2009 so viele Mandate wie möglich zu erringen." An diesem Ziel arbeitete die NPD seit über zwei Jahren. Der gewöhnliche Wahlkampf mit regelmäßigen Infoständen und Flugblattverteilaktionen wurde durch PR-Aktionen (NPDler verkleiden sich wahlweise als Osterhase, Weihnachtsmann oder Esel), Mahnwachen (auch zu lokalen Themen) und zielgruppenspezifische Agitation (Versuch bei einer Gewerkschaftsdemo gegen die Schließung des Autozulieferers Karmann mitzulaufen) ergänzt. Im Rahmen der "Wortergreifungsstrategie" besuchten Partei-Mitglieder Veranstaltungen zu kommunalen oder antifaschistischen Themen. Am 1. Mai störten sie eine DGB-Saalveranstaltung in Rheine mit Transparenten und Sprechchören. Daneben versuchten sie ihre Strukturen mit internen Veranstaltungen zu festigen, eine Folge war

die Gründung einer eigenen Ortsgruppe in Rheine.

Lokaler Widerstand

Die NPD-Aktionen stießen oft auf zivilgesellschaftlichen und linken Widerstand. In vielen Orten wurden Kontakte geknüpft, Anti-NPD-Bündnisse entstanden. Es gab antifaschistische Konzerte und weitere Gegenaufklärung durch das Verteilen eigener Flugblätter. Die Arbeit zeigte Wirkung: NPD-Infostände wurden verhindert und anlässlich eines konspirativ organisierten NPD-Treffens 2007 gelang es, innerhalb kürzester Zeit eine kraftvolle antifaschistische Spontemonstration in Rheine zu organisieren, die bis zum NPD-Veranstaltungsort führte. Insgesamt herrscht im Kreis eine Stimmung, in der kaum jemand mehr gerne ihr/sein Gesicht als KandidatIn für die NPD herhalten würde, vor allem nachdem die stellvertretende Ortsgruppenvorsitzende in Rheine, die Sozialarbeiterin Iris Niemyer, ihren Job in einem Jugendzentrum verlor.

Bloß gegen Nazis?

Wir sind uns darüber bewusst, dass Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus nicht allein ein Phänomen von extrem rechten Organisationen ist, sondern auch breitere gesellschaftliche und politische Kreise ziehen. Die staatliche Diskriminierung durch Sondergesetze, Knäste, Abschiebungen und Residenzpflicht stellt eine Form des Rassismus dar, welche von kaum jemandem in Frage gestellt oder gar angeprangert wird, und an dem sich bisher jede Partei mitschuldig gemacht hat. Anti-migrantische Hasspredigten wie die eines Roland Kochs, stellen für den gesamtgesellschaftlichen Diskurs vermutlich sogar eine größere Gefahr dar, als die NPD in ihrer momentanen Durchschnittsverfassung, begünstigen sie doch vorhandenen Alltagsrassismus und legitimieren staatlichen Rassismus.

Warum sollte sich eine Antifa dennoch an einer Anti-NPD-Wahlkampagne beteiligen? Nützt sie dabei nicht letztendlich den anderen Parteien? Für die NPD geht es bei den Kommunalwahlen um einiges: Das Fehlen der 5%-Hürde erleichtert den Einzug in die Kommunalparlamente, der wiederum für die Partei mit neuen Finanzquellen verbunden ist, welche zu einer Ausweitung und Professionalisierung von Kampagnen und Aktionen führen können. Auch bieten die Parlamente der NPD ein Forum ihre antisemitischen und völkisch-rassistischen Positionen zu verbreiten. Gelingt es ihnen, sich durch tagespolitisches Engagement als Biedermänner und Politiker im Interesse der "kleinen Leute" zu etablieren, ist die Gefahr groß, dass die neonazistische Partei Teil der kommunalen Normalität wird. Wo sich eine Gegend erst einmal an ihre braunen Abgeordneten gewöhnt hat, wird es immer schwerer, diese und ihre Ansichten zu isolieren. Eine Normalisierung von neonazistischen Positionen ist aber genau das, was von antifaschistischer Seite mit allen effektiven Mitteln verhindert werden muss. Dort, wo eine NPD nicht mehr skandalisierbar ist, und es gibt Gegenden, in denen das zutrifft, dort schrumpfen die Ansatzmöglichkeiten auch für weitergehende linke Intervention extrem. Vor diesem Hintergrund sind die Befürchtungen, eine radikale Linke könne durch strategische Bündnisse zur Verhinderung von Neonazi-Wahlerfolgen in den Kommunen als Feigenblatt für den rassistischen Normalzustand instrumentalisiert werden, hinten an zu stellen. Wie sollte man in einem Umfeld, in dem eine Partei, die sich in weiten Teilen in der Tradition der NSDAP sieht und die auf alle gesellschaftlichen Probleme nur rassistische und antisemitische Antworten propagiert als normal gilt, noch rassistische Abschiebungen skandalisieren?

Ein Wegfall des Nazi-Stigmata hätte gesamtgesellschaftlich für eine radikale Linke auf allen Ebenen fatale Folgen. Dieses Bild von der NPD, die Bestandteil der "Nazi-Ecke" ist, aufrecht zu erhalten, muss immer wichtiger Bestandteil antifaschistischer Arbeit bleiben, diesem Anliegen zweckdienliche Bündnismöglichkeiten müssen genutzt werden. Welche Probleme extrem rechte Gruppen, die eine andere Strategie und ein anderes Auftreten pflegen, machen können, zeigt der Umgang mit Pro Köln. Teil ihrer rechtspopulistischen Strategie ist die Abgrenzung von der NPD und ein formales, gebetsmühlenartig wiederholtes Bekenntnis zur "freiheitlich-demokratischen Grundordnung". Eine zivilgesellschaftli-



che Formierung gegen das Erstarken der NPD ist leider nicht selbstverständlich und vielerorts driften Bündnisse ohne linke Interventionen schnell in totalitarismustheoretische "Gegen alle Extremisten"-Positionierungen ab, wenn sie denn überhaupt zu Stande kommen. Für die Antifa, gerade im strukturschwachen Räumen, ist deshalb Netzwerk-Arbeit auch mit Parteien, kommunalen Initiativen und Jugendgruppen unerlässlich. Die Antifa muss sich vor dem Kommunalwahlkampf eine Position erarbeiten, in der sie als kompetentester Ansprechpartnerin in Sachen Neonazi-Problem wahrgenommen wird, was allerdings saubere Recherche und Verlässlichkeit im lokalen Engagement voraussetzt. Wo Antifas auf lokaler Ebene versuchen, ohne jede Bündnisbemühungen auszukommen, um so verstärkt eigene Akzente betonen zu können, läuft ihre Kritik an den Verhältnissen leider viel zu oft ins Leere. Die radikale Linke kann sich keine Kritik aus dem Elfenbeinturm erlauben.

Erfolgsversprechender ist es, eigene Inhalte in Bündnisse hinein zu tragen oder auf lokale AkteurInnen einzuwirken, um zumindest einige Standards durchzusetzen: die Ablehnung von Extremismus- und Totalitarismusansätzen durchzusetzen sowie die AkteurInnen gegenüber rassistischen Stereotypen zu sensibilisieren und zu einem Überdenken eigener Vorstellungen zu bewegen. Das kann enttäuschen und auch mal nicht alle gewünschten Ergebnisse erzielen, einen Versuch ist es aber wert. Es geht meist auch nur um eine zeitlich und thematische begrenzte Zusammenarbeit, ihr Zweck, die Kleinhaltung der Neonazis, sollte für uns als AntifaschistInnen von hoher Bedeutung sein. Vorher, nebenbei, und nachher gibt es genügend Gelegenheiten eigene Ak-

zente zu setzen und darüber nach zu denken, wie wir der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Überwindung der Nationalstaaten näher kommen.

Kampf den organisierten Strukturen!

Eine Kampagne gegen die NPD sollte aber nicht vorrangig auf potentielle WählerInnen abzielen, sondern vielmehr die organisatorischen Strukturen der NPD angreifen. Das heißt, dass Infostände, Mahnwachen und Saalveranstaltungen verhindert, Propaganda entfernt und NPD-Kandidaten isoliert werden müssen. Dafür sind wir auf MultiplikatorInnen und lokal Engagierte angewiesen. Antifaschistische Arbeit sollte sie aktivieren und bestärken. Mit etwas Glück entstehen so neue Jugendantifa-Gruppen, die zudem wichtige Praxiserfahrungen machen. Mit dieser Schwerpunktsetzung - Kampf gegen die NPD-Strukturen/-Aktivitäten und Aktivierung lokaler AkteurInnen - können wir auch verhindern, mit unserer Kampagne Wahlkampfhilfe für die bürgerlichen Parteien zu machen. Der Tenor sollte lauten: Eigenständiges Engagement gegen die NPD ist nötig, "Keine Stimme den Nazis" alleine reicht nicht. Hier kann es dann auch gelingen, unsere Kritik an Parlamentarismus, Rassismus und Nationalstaatlichkeit zu transportieren.

Kein Antritt im Kreis Steinfurt

Dass diese Arbeit erfolgreich sein kann, zeigt der Kreis Steinfurt. Im November gab die NPD bekannt, nun doch nicht zur Kommunalwahl antreten zu wollen. Als Grund wurde in erster Linie die Verurteilung des Bundesschatzmeisters Erwin Kemna angeführt. Kemna, seit Jahrzehnten Kreisverbands-Mitglied, wurde die Veruntreuung von Parteigeldern in Höhe von 741.250 Euro nachgewiesen. Dies

habe das Bild der NPD in der Öffentlichkeit geschädigt. Keine Frage, die Kemna-Affäre hat innerparteiliche Unruhe erzeugt, als einziger Grund die lang geplante Wahlteilnahme aufzugeben, wirkt sie aber vorgeschoben. Der NPD werden schlicht die willigen KandidatInnen fehlen, wohl auch weil sie durch die Kemna-Affäre desillusioniert sind, aber auch aufgrund des antifaschistischen Widerstands, welcher der NPD Handlungsgrenzen aufgezeigt hat. Nun wollen sich die Neonazis auf die Bundestagswahl konzentrieren, bei der nur ein Bruchteil der KandidatInnen benötigt wird.

Griechenland-Soli-Demo

Am 13. Dezember zog vom Münsteraner Hauptbahnhof eine Spontandemonstration in Richtung Innenstadt los - aus Solidarität zu den sozialen Kämpfen in Griechenland nach dem polizeilichen Mord an Alexandros Grigoropoulos. Die ca. 60-köpfige Demonstration rief Parolen wie "Policia Assassini" und "Gegen Repression und Kontrollen - wir demonstrieren wo wir wollen". Am Rathaus angekommen, wurde die Demonstration aufgelöst. Die Polizei konnte keine TeilnehmerInnen erwischen.

Bayern-Soli-Party war ein Erfolg

Die Soli-Party für von Repression betroffene bayrische Antifas im Oktober in der Baracke war gut besucht: Über 1000 Euros konnten wir nach Bayern weitergeben. Dank auch an die Bands "Kommando Zurück" und "Nervous Breakdown".



Ich krieg die Krise!

Zur aktuellen Krise des Kapitalismus

An dieser Stelle dokumentieren wir einen Teil der Beiträge von unserer Veranstaltung "Ich krieg die Krise". Am 18.12. diskutierten über 80 BesucherInnen mit den Referenten Stefan Frank (Konkret) und Werner Rätz (IL) über die Ursachen und Auswirkungen der aktuellen Krise des Kapitalismus. Da Stefan Frank keine Zeit hatte, sein Inputreferat zu überarbeiten, er aber auch nicht den unbearbeiteten Mitschnitt abgedruckt sehen wollte, erscheint hier nur ein Auszug des Veranstaltungsmitschnitts.

Moderation: *Danke Stefan Frank, für den ersten Input. Ich würde gerne an Werner Rätz weitergeben. Stefan hat ja recht detailliert beschrieben, was an den Finanzmärkten geschehen ist, welche neuen Geschäftsideen im Kreditwesen entwickelt worden sind. Rückblickend können wir sagen, wahrscheinlich wäre das auch schon damals erkennbar gewesen, so richtig kann das nicht laufen, diese Modelle setzen einen Boom voraus. Ein Crash muss notwendigerweise folgen. Warum wurde das überhaupt getan?*

Werner Rätz: Ich möchte ein bisschen zurückgehen und systematisch über zwei Fragen reden, die meiner Meinung zur Kriseneinschätzung notwendiger Weise dargestellt werden müssen. Ohne, dass das jetzt als Kritik oder Widerspruch zu Stefans Referat gemeint ist. Stefan hat einfach einen anderen Focus gelegt. Bei aller grundsätzlichen Krisenhaftigkeit des Kapitalismus erleben wir seit einigen Jahrzehnten eine spezielle Situation. Wir haben im Ausgang der letzten, großen Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre eine Entwicklung der Krisenlösung gehabt, die ein paar ganz besondere Elemente umfasst. Zum einen gab es einen massiven Zusammenbruch an Unternehmen, an Produktionskapazitäten, damit an produktiven Kapital. Es gab eine deutliche Abwertung des US-Dollars um 40%, es gab ein Einbrechen des Welthandels auf ein Viertel seines vorherigen Niveaus. Erst Mitte der 80er Jahre war der Welthandel verhältnismäßig am weltweiten Bruttoinlandsprodukts wieder auf dem Niveau vor der Weltwirtschaftskrise. Und es gab natürlich mit dem 2. Weltkrieg ein riesiges Reichtumsvernichtungsprogramm, dass die Möglichkeit neuer, großer und profitabler Anlage ermöglichte. Aber ein entscheidender Punkt der Krisenlösung griff erst mit der Kriegswirtschaft und in Europa unmittelbar im Ausgang des 2. Weltkriegs, nämlich damit, dass in der Umstellung der kapitalistischen Produktion auf Massenkonsumgüter neue, umfassende Anlagemöglichkeiten für das Ka-

pital geschaffen wurden. Dieser Prozess, den wir auch als Fordismus kennen, führt natürlich auf der einen Seite dazu, dass mit großen Produktionskapazitäten und einer sehr aufwändigen Arbeitsteilung gearbeitet wird. Dadurch entstehen Rationalisierungsgewinne und es werden weniger Menschen als zuvor gebraucht, um eine gewisse Menge an Produkten herzustellen. Mit den Massenkonsumgütern - Autos, Fernseher, Waschmaschinen, alles Dinge, die es vorher nur als Luxusgüter für wenige Reiche gab - schuf man so große neue Märkte, dass man zur Produktion dieser Produkte mehr Menschen brauchte, als durch die Rationalisierungseffekte entlassen wurden. Die Integration von mehr Menschen in die kapitalistische Güterproduktion heißt aber, die Produktion eines größeren Mehrwerts und deshalb profitable Anlagemöglichkeiten für das Kapital. Dieser Prozess geriet in den 60er Jahren in eine Stockung. Er endete nicht, er geht bis heute weiter, aber die Wachstumsraten verlangsamten sich. Die Bedürfnisse und die zahlungsfähige Nachfrage nach den Massenkonsumgütern wuchsen nicht mehr in dem Maße. Es kamen in den 60er/70er Jahren einige andere Prozesse dazu: Ein relativ erfolgreicher Zyklus von ArbeiterInnenkämpfen, der zwar oft seine systemopponentelle Spitze verloren hatte, also nicht mehr gegen den Kapitalismus als solchen gerichtet war, der aber in dem Versuch einen Teil des gesellschaftlichen Reichtums in die Einkommen der Beschäftigten zu lenken, durchaus erfolgreich war und damit die Masse des anlagesuchenden Kapitals verringerte. Ein ähnlichen Effekt hatten Sozial- und Entwicklungspolitik der Regierungen im Norden und im Süden. Das heißt, eine Gesamtentwicklung mehrerer Faktoren, die dazu führten, dass nach und nach die Profitraten international unter Druck gerieten und es immer schwieriger wurde für die wachsenden Kapitalmassen profitable Anlagemöglichkeiten zu finden. Anfang der 70er war diese Situation so weit gereift, dass große Teile des gesellschaftlichen Gesamtkapi-



tals keine profitable Anlage mehr fanden. Seitdem gibt es das Problem, dass heute die Krise darstellt: Wohin mit dem vielen Geld, damit es Kapital werden kann.

Das ist, glaube ich, die ganze Geschichte der Krise, die als Geschichte des Neoliberalismus von Anfang der 70er Jahre ein aufgeschobener Krisenausbruch ist. Die Krise von heute ist die Krise der 70er Jahre, die darin besteht, dass reiche Vermögensbesitzer über große Mengen an Geld verfügen, dass sie nicht erfolgreich in Kapital verwandeln können. Das heißt, sie können es nicht erfolgreich anlegen, dass es mehr Geld wird. Den Ausweg, den man damals gesucht hat, waren die Finanzmärkte. In vielen Einzelheiten hat Stefan diesen Ausweg beschrieben. Ein wesentlicher Punkt ist zu ergänzen: Stefan hat beschrieben, wie auf den Finanzmärkten Geld investiert worden ist, mit der Idee, daraus soll mehr Geld werden. Es fehlt darin, für alle die Marx gelesen haben, der Durchgang durch die Warenproduktion. Der Durchgang durch die Wert- und Mehrwertproduktion, wo das



„Mehr“ herkommen kann. Wenn das einfach nur auf den Finanzmärkten realisiert werden soll, muss das einer bezahlen. Darüber werden wir im nächsten Schritt noch sprechen müssen, wer das zu bezahlen hat. Stefan hat das an vielen Punkten schon angedeutet. Aber genau an der Stelle ist ein Ausweg zu ergänzen, den man in den 70er Jahren zusätzlich zur Ausdehnung der Rolle der Finanzmärkte gefunden hat. Ein solcher Ausweg bestand darin, jedem Kredite zu geben, der sich nicht wehrt. Stefan hat das für die privaten Kreditnehmer in den USA beschrieben. Eine ähnliche Situation gab es für die Regierungen des Südens, die Kredite zu zum Teil extrem günstigen Bedingungen genommen haben und damit durchaus sinnvolle Investitionen getätigt haben, so wie manche von den Kreditnehmern in den USA damit Häuser bauten. Die haben es nicht einfach unproduktiv zum Fenster herausgeworfen, zumindest das meiste nicht. Aber Ende der 70er und erst recht Anfang der 80er Jahre ändert sich mit der Präsidentschaft Ronald Reagans die gesamte Zinssituation. Reagan legt ein riesi-

ges Rüstungsprogramm auf und finanziert es durch Staatsverschuldung. Die Zinsen steigen innerhalb eines Jahres auf zum Teil über 20 Prozent. 1982 ist Mexiko pleite. Die Entscheidung, die man damals getroffen hat, war: „Was soll es schon, Staaten können nicht pleite gehen, Schulden müssen bezahlt werden. Wenn sie nicht bezahlt werden können, dann werden sie durch neue Schulden bezahlt.“ Damit das funktioniert, müssen diese Schulden bedient, nicht zurückgezahlt werden. Der Kreditgeber hat überhaupt kein Interesse daran, dass der Kredit zurückgezahlt wird. Dann muss ja ein Neuer gefunden werden, der den Kredit wieder abnimmt. Der Kreditgeber hat ausschließlich ein Interesse daran, dass die Zinsen bezahlt werden. Mehr nicht. Das hat man gegenüber den Ländern des Südens durchgesetzt und organisiert. In einer dauerhaften Maschine, die Reichtum aus den Bevölkerungen des Südens herauspresst und den Anlegern auf den Finanzmärkten zur Verfügung stellt. Ihr kennt die IWF-Strukturanpassungsprogramme, ich möchte da im einzelnen nicht darauf eingehen. Da haben wir eine erste Bevölkerungsgruppe, von der wir zeigen können, die sind es, die das Mehr-Geld, das auf den Finanzmärkten erwirtschaftet werden soll ohne das man Mehr-Wert produziert hat, zu zahlen hat.

Moderation: *Ich fasse mal thesehaft zusammen: Du würdest sagen, dass der Neoliberalismus mit dieser Aufblähung der Finanzmärkte, im Grunde ein Krisenaufschub einer strukturellen Krise der kapitalistischen Produktionsweise gewesen ist, die in den 70er Jahren begonnen hat; der Versuch Kapital auf neuen Märkten profitablen anzulegen. Das ist jetzt an eine absolute oder relative Grenze gestoßen? Was bedeutet das für den Neoliberalismus? Ist der jetzt am Ende? Sind die Rettungspakete, die von den Staaten geschnürt werden und die für mich den Anschein haben, als werden so die Verluste sozialisiert, ein Zurück zum Staatsinterventionismus? Eine neue Art auf diese Krise zu reagieren?*

Stefan Frank: Es ist keine neue Art auf die Krise zu reagieren. Ähnliche Rezepte gab es schon in den 30er Jahren in den USA oder unter anderen Vorzeichen in Deutschland und Italien mit Ausgaben- und Beschäftigungsprogrammen unter den faschistischen Regierungen. Auch in Japan gab es solche keynesianisch-inspirierten Programme, wo immer mehr Flughäfen und Brücken gebaut wurden. Was aber auch nicht die Krise beendet hat.

Du sprachst eben von der relativen oder absoluten Grenze, an die die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals stießen. Das ist schon ein Unterschied, ob relativ oder absolut. Werner sagt, dass ist eine absolute Grenze, wenn ich das richtig verstanden habe. Da würde ich gerne fragen, welche Belege gibt es dafür, dass das nicht temporär ist? 1929 zum Beispiel war es auch so, dass die Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals sehr eingeschränkt waren. Das ist ja bei jeder Krise so. Aber wenn die Krise ihren Lauf nimmt, ändern sich die Bedingungen ja wieder: Kosten sinken, Wettbewerber machen pleite und Überkapazitäten werden abgebaut. Woran siehst du, dass es da eine absolute Grenze gibt und man nicht einfach nach dem Crash weitermachen kann, weil die Probleme beseitigt und die profitablen Anlagemöglichkeiten wieder hergestellt sind?

Werner Rätz: Da müsste ich noch mal theoretisch ausholen. Der Punkt, der zur Beantwortung deiner Frage eine Rolle spielt, hängt damit zusammen, wie es denn möglich ist, dass das gesellschaftliche Gesamtkapital akkumuliert, also mehr wird. Beim Einzelkapital ist das ganz leicht zu verstehen: Einer investiert in ein produktives Geschäft, Leute tun ihre Arbeit, das Produkt kommt auf dem Markt und wird verkauft. Da Leute einen Mehr-Wert geschaffen haben, ist das Produkt zu einem höheren Ergebnis verkaufbar als die vorgeschossene Investitionssumme betrug. Gesamtgesellschaftlich ist das schwerer zu verstehen. Marx hat sich im zweiten Band des Kapitals daran abgearbeitet und unterstellt, um das untersuchen zu können, dass die Gesellschaft aus KapitalistInnen und ArbeiterInnen besteht. Eine scheinbar zulässige Annahme, denn die KapitalistInnen geben das Geld für den Produktionsprozess und die ArbeiterInnen tun die Arbeit. Die anderen braucht man erst mal nicht. Nun ist der entscheidende Punkt: Die ArbeiterInnen schaffen durch ihre Arbeit ein Mehr-Produkt, da hat der Kapitalist aber nichts von. Er hat erst was davon, wenn dieses Mehr-Produkt verkauft ist. Gesamtgesellschaftlich ist das Kapital erst dann gewachsen, wenn fast das gesamte gesellschaftliche Mehr-Produkt verkauft worden ist. Zumindest ein Teil des Mehr-Produkts muss verkauft sein, damit das gesamtgesellschaftliche Kapital wachsen kann. Dieses kann aber in der Marxschen Annahme nur dadurch geschehen, dass die ArbeiterInnen ihre Löhne dafür ausgeben und die KapitalistInnen den aus der vorherigen Runde nicht investierten Mehr-Wert. Sonst sind keine Ein-

kommensquellen da, die das Mehr-Produkt kaufen könnten. Aber systematisch müssen, wenn in der nächsten Runde, im nächsten Produktionszyklus ein größeres Produkt hergestellt werden soll als in dieser Runde - jetzt bin ich weg von Marx und bei Rosa Luxemburg und ihrem Buch „Die Akkumulation des Kapitals“ - die Produktionsmittel dafür diesmal schon geschaffen werden. Und denen steht systematisch keine zahlungsfähige Nachfrage gegenüber. Die würde erst in diesem Zyklus entstehen, wenn alles verkauft wäre. Dann wäre das Geld da. Also, das systematische Problem, das immer und durchgängig besteht, ist, dass der Kapitalismus einen Überhang an Produktionsmitteln produziert, der keine zahlungsfähige Nachfrage gegenüber steht. Rosa Luxemburg löst der Problem, indem sie feststellt, die Nachfrage nach dem Mehr-Produkt wird von nicht-kapitalistischen Schichten, von nicht-kapitalistischen Ländern, von nicht-kapitalisierten gesellschaftlichen Sektoren geschaffen. Immer neue Lebensbereiche müssen dem Verwertungsprozess des Kapitals unterworfen werden. Guckt euch die Kapitalisierung der Lebensprozesse an: mit Gentechnik, mit Patenten auf Leben, mit der Verwandlung von natürlicher Vielfalt in genetische Ressourcen. Guckt euch die Verwandlung der öffentlichen Daseinsvorsorge, zum Beispiel der Altersversorgung in Kapitalmärkte, an. Das sind solche Prozesse, wo Lebensbereiche, die bisher nicht dem Kapitalverwertungszyklus unterworfen sind in diesen hinein genommen werden. Dieser Vorgang ist aber nicht systematisch und auf alle Zeit weiter zu machen, sondern er hat seine Grenzen an mehreren Punkten:

1.) Irgendwann, sind die Lebensbereiche durch. Allerdings sind da Lösungen gefunden worden. Rosa Luxemburg redete damals nur vom Kolonialismus, ich rede heute von der Inwertsetzung des biologischen Lebens. Das ist eine Ausweitung die Luxemburg sich nicht hätte vorstellen können. Aber auch das stößt irgendwo an seine Grenzen.

2.) Die Nachfrage aus nicht-kapitalistischen Zusammenhängen nach Produkten der kapitalistischen Warenproduktion muss auf entsprechende Bedürfnisse stoßen. Da sind bei vielen, vielen Produkten die Kapazitätsgrenzen aber derart weit überschritten, dass die Wahrscheinlichkeit, dass dort noch riesige Bedürfnissteigerungen möglich sind, nicht so riesig groß ist, vor allem Dingen wenn man 3.) berücksichtigt, dass wir mit der elektronischen Revolution den umgekehrten Vor-

gang haben als bei der fordistischen. Ich hatte die fordistische, industrielle Revolution so beschrieben, dass trotz aller Rationalisierungsfortschritte - der Möglichkeit Menschen zu entlassen - man insgesamt Märkte geschaffen hat, wo man für die Produktion dieser Produkte, die auf diesen Märkten verkauft werden, mehr Menschen benötigt als durch die Rationalisierungsgewinne eingespart werden. Mit der elektronischen Revolution haben wir den umgekehrten Vorgang: Sie spart immer mehr Menschen ein und auch die dadurch neu geschaffenen Produkte verlangen nicht so viele Menschen zu ihrer Herstellung wie die Rationalisierungseffekte zu Entlassungen führen. Von daher würde ich Rosa Luxemburg folgen, wenn sie sagt, es gibt objektive Schranken der Vermehrung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Das heißt nicht, dass man die genau benennen und ausrechnen kann. Das heißt es definitiv nicht, sondern das systematisch ein Punkt in diesem Prozess erreicht wird, wo die akkumulierten Mengen des Gesamtkapitals derart gigantische Größenordnungen angenommen haben, dass ihre Verwertung in der Produktion schlicht zu einer Produktmenge führen würde, die kein Mensch mehr brauchen kann und die keine Erde ökologisch aushält. An der Stelle besteht eine systematische Grenze, die aber keine objektive Grenze in dem Sinne ist, dass ich sagen kann: Hier ist sie und sie ist nicht verschiebbar.

Moderation: *Ich würde jetzt aufgrund des Zeitproblems einen kleinen Cut machen und von der Beschreibung des Zustands und der Ursachen der Krise zu der Frage „Was heißt das eigentlich für die Linke“ übergehen. Welche sozialen Kämpfe kommen da auf uns zu? Wie sollten wir uns positionieren? Was erwartet uns?*

Werner Rätz: Ich spreche jetzt vier grundsätzliche Punkte an:

1.) Eine immer weiter gehenden Kapitalakkumulation, eine immer weiter gehende Vermehrung des gesellschaftlichen Produkts, die kann noch so ökologisch umgebaut werden wie sie will, sie führt notwendig zu einem immer massiver wachsenden Ressourcenverbrauch. Das kann und wird die Erde nicht aushalten. Also selbst wenn es keine objektiven Schranken der Kapitalakkumulation geben sollte oder wenn sie heute noch nicht erreicht sein sollten, selbst wenn ein ökologisches Wachstumsprogramm ökonomisch machbar wäre - was ich nicht glaube - wäre es ökologisch nicht wünschenswert.

2.) Im Augenblick vertritt kein Teil der Eliten weltweit die Krisenlösung, die man aus den 30er Jahren kennt und die damals auch gewirkt hat, nämlich einen ganz großen Krieg mit umfassender Kapitalvernichtung. Die kleinen Kriege werden überall auf der Welt geführt und sie haben ihre wichtigen Funktionen, reichen aber zur Vernichtung dieser gewaltigen Kapitalmassen nicht aus, die man vernichten müsste, um wieder produktiven Anlagemöglichkeiten zu schaffen. Im Moment vertritt niemand den ganz großen Krieg als Krisenlösung, aber das ist eine Augenblicksaufnahme und die Mittel, um einen solchen Krieg zu führen sind da. Es wäre höchst fahrlässig aus Sicht einer radikalen Linken dies zu übersehen und zu vergessen, dass Krise und Krieg Geschwister sind. Auch wenn es im Augenblick keine aktuelle politische Orientierung von Elitenteilen ist, kann sich das morgen ändern. Deshalb bleibt die Mobilisierung zum NATO-Geburtstag nach Strassbourg wichtig.

3.) Der Kern der Krise besteht darin, dass die anlagesuchenden Kapitalmassen viel zu groß sind. Bei diesem Teil des Problems können wir dem Kapital helfen. Es geht darum, so viel wie möglich an Reichtum aus dem Kapitalkreislauf herauszunehmen und für die Sicherung des sozialen Daseins, der Daseinsvorsorge, der öffentlichen Infrastruktur oder für was auch immer, unmittelbar in Anspruch zu nehmen: in umlagefinanzierten Sozialversicherungssystemen, im öffentlichen Zugriff auf den gesellschaftlichen Reichtum schon direkt aus der Produktion heraus, in welchen Abläufen auch immer. Da wäre eine Umverteilung von 100 - 200 Milliarden Euro alleine in diesem Land für ein Existenzgeld schon ein ganz schöner und interessanter, erster Schritt. Das ist der Punkt, bei dem wir am ehesten jetzt in der Lage sein werden, konkrete Auseinandersetzungen und konkrete Perspektiven und Kämpfe mit zu entwickeln. Da gibt es schon die am weitesten fortgeschrittenen Überlegungen, da gibt es schon konkret formulierbare Perspektivforderungen wie eben ein Existenzgeld /bedingungsloses Grundeinkommen und tagespolitische Forderungen wie „Weg mit der Riester-Rente und Überführung in eine anständige Sozialrente“, „Weg mit dem Gesundheitsfonds und eine anständige, mit einer Bürgerversicherung organisierte Absicherung des Krankheitsrisikos“.

4.) Wir müssen ernsthaft darüber nachdenken, wie wir Teile unserer alltäglichen Reproduktion wieder selber in die Hand

bekommen. Vertrauenskrise hin oder her, und ich teile vieles der Skepsis, die Stefan angedeutet hat, in wie weit es sich wirklich um Vertrauensprobleme handelt, die in dieser Krise jetzt sichtbar werden. Klar ist, dass das Geld, mit dem wir heute agieren, von dem unser Leben abhängig ist, natürlich nur auf Vertrauen basiert. Wenn das Vertrauen in das Geldsystem weg ist, dann tragen wir bedrucktes Papier und gestanztes Metall in der Tasche. Das ist ein Zustand der nicht wünschenswert sein kann, deshalb ist die Überlegung, wie können wir Teile der eigenen Reproduktion wieder in die eigene Hand bekommen, eine Aufgabe, die sich die Linke wieder dringend stellen muss, ohne, dass ich dazu jetzt konkrete Vorschläge hätte. Normalerweise ende ich immer, dass ich sage: „Das müsst ihr mir jetzt sagen“. Und da kommt auch nicht immer viel. Aber das ist ein Punkt, wo sich die Linke der Anstrengung unterziehen muss, darüber ernsthaft nachzudenken. Kann zum Beispiel - eine der Ideen aus den Veranstaltungen - das Wohnen von Planung über Bau bis Verwaltung eigenständig, staats- und geldmarktfrem organisiert werden, mittelfristig? Ohne, dass man jetzt sehen könnte, wer der politische Träger eines solchen Prozesses ist. Aber kann man sich das in diesem Bereich überhaupt materiell vorstellen. Das wären Debatten, die wir zu führen haben.

Beide Teile der Linken - radikale wie reformistische - haben das Problem, dass sie nicht über ein radikalreformistisches Transformationsprogramm verfügen. Das ist ein ernsthaftes Problem. Niemand von uns hat einen Vorschlag. Da die Revolution nicht vor der Tür steht - es wäre ein reiner Wunsch zu sagen, schaffen wir den Kapitalismus morgen ab - müssten wir einen Vorschlag entwickeln, wie denn tatsächlich von hier, wo wir jetzt sind, zu einem zumindest völlig anderen Akkumulationsregime gegangen werden könnte. Wir müssen in der Tat die Systemfrage stellen, radikale Kapitalismuskritik wieder hörbar machen und an Schritten arbeiten, wie aus bestehenden Vernetzungen reale Organisationsprozesse werden können. Diese Organisationsprozesse können nicht wie in der Vergangenheit irgendwelche Avantgarde-Parteien sein, die dann sagen, wo es lang geht. Sie müssen dieser völlig neuen Klassenzusammensetzung international Rechnung tragen. Da wird vieles zu experimentieren sein. Wir müssen aber nicht nur kleine, sondern auch große Brötchen backen und uns was trauen.

Studien-Proteste

Sozialer Fortschritt wird erkämpft!



Am 17. Dezember beteiligten sich etwa 2000 Menschen an einer Demonstration gegen die dauerhafte Einführung von Studiengebühren an der WWU Münster. Insgesamt nahmen an der Vollversammlung vor dem Schloss etwa 3000 Menschen teil. Bei einer Senatssitzung sollte über die unbefristete Beibehaltung der bisher befristet eingeführten Studiengebühren in Höhe von 275 Euro abgestimmt werden. Hätte eine Entscheidung nicht stattfinden können, hätte dies ein Aus für die Studiengebühren bedeutet, zumindest für das nächste Semester. Eine Hinderung der Senatssitzung wäre vor diesem Hintergrund ein lohnenswertes Ziel gewesen. Dass dies 2007 schon einmal funktionierte, stellte einen mobilisierenden Effekt dar, nachdem der Widerstand gegen die Gebühren nach gescheiterten Boykottversuchen in weiten Teilen einer Resignation gewichen zu sein schien.

Dieses Mal sorgte das Rektorat jedoch mit einem großen Polizeiaufgebot dafür, dass die StudentInnen nicht an der angeblich öffentlichen Senatssitzung teilnehmen konnten. Dennoch wollten die DemonstrantInnen nicht freiwillig auf ihre Mitsprache verzichten, worauf die Polizei mit einem massivem Einsatz von Pfefferspray reagierte. Es folgten weitere Übergriffe und schließlich Festnahmen. Eine Pressemitteilung des ASTA dokumentiert zahlreiche Übergriffe durch die Polizei auf die Vollversammlung [1].

In der Nachbetrachtung der Demonstrationsergebnisse in der Tagespresse oder auch im Semesterspiegel (Ausgabe Januar 09) tauchen zahlreiche Einschätzungen und Urteile auf, welche die DemonstrantInnen in „gute“ StudentInnen, die für ihr legitimes Anliegen auf die Straße gehen und „böse“ angereizte Krawallmacher einteilen. Dabei wurden Erklärungen der Polizei unhinterfragt übernommen, und im Semesterspiegel wird ihnen sogar das letzte Wort überlassen. Im Großen und Ganzen entsteht so der Eindruck, es gebe diese und jene Ansichten über die Ereignisse und die Wahrheit liege irgendwo dazwischen.

Die vor diesem Hintergrund entstehenden Diskussionen darüber, von welcher Seite die Provokationen ausgegangen seien, gehen komplett am Thema vorbei, zumal sie unterstellen, es handle sich um einen Konflikt von zwei gleichberechtigten Parteien, die sich mit den selben Voraussetzungen ausgestattet gegenüberstünden. Die realen Machtunterschiede werden geleugnet, wenn behauptet wird, das Rektorat ließe sich von unseren Argumenten überzeugen, wenn wir sie nur oft genug und gut begründet darlegten.

Dabei müssen gerade auch die AktivistInnen, die sich gegen Studiengebühren engagieren aufpassen, dass sie nicht einem staatlich definierten Gewaltbegriff auf den Leim gehen, wonach der Aus-

Versetzt ist besetzt

Seit Sylvester ist das Haus Grevener Straße 53, in dem sich das autonome Kulturcafé "Versetzt" befand, besetzt. Die "Wohn- und Stadtbau", welche die gesamte Häuserzeile abreißen möchte, hat eine Strafanzeige gestellt und möchte das Haus gerne räumen lassen. Die BesetzerInnen fordern den Erhalt der Häuser und ein soziales Zentrum. Seit der ziemlich vollen Sylvesterparty gibt es nun seit Monaten ein vielfältiges Kulturprogramm im besetzten Haus. Wer sich mit aktuellen Informationen eindecken will, surft hierhin:

www.besetzt.de.ms

fairDRUCKt

Offset ★ Siebdruck ★ T-Shirts
Buttons ★ Layout ★ Plakate
Aufnäher ★ Spuckis ★ Aufkleber
...und vieles mehr!

**DAS DRUCKEREIKOLLEKTIV IM
INTERKULTURELLEN ZENTRUM DON QUIJOTE**

Infos, Beratung, Preis-anfrage:
www.fairdruckt.de
info@fairdruckt.de
Fon: 0251-5389797
Scharnhorststr. 57
48151 Münster

**DIE EXPERTEN FÜR ÖKOLOGISCHE UND
FAIRE ALTERNATIVEN IM DRUCKSEKTOR**

Kauf Tipp: LOTTA



Impressum + Kontakt

Antifaschistische Linke Münster
c/o DonQuijote
Scharnhorststraße 57
48151 Münster

antifa-linke-muenster@riseup.net
www.muenster.antifa.net/al
PGP-Key auf Anfrage

V.i.S.d.P.: A. Meier, Adresse wie oben
Antifa-Print ist kostenlos.

schluss der StudentInnen von der Senats-sitzung durch Polizeigewalt verklärt und gerechtfertigt, die versuchte Teilnahme der DemonstrantInnen aber als Akt der Gewalt verurteilt wird. Wer diesen Gewaltbegriff übernimmt und vor diesem Hintergrund Gewaltlosigkeit fordert, endet konsequenterweise bei einer passiven Akzeptanz der eigenen Ohnmacht.

Wir, die wir in punkto sofortige Abschaffung der Studiengebühren als Instrument der sozialen Selektion, klar parteiisch sind, können nicht auf der einen Seite vor dem Schloss stehen und „Wir wollen rein“, oder „Wir gehen rein“ rufen, und uns auf der anderen Seite von den Leuten distanzieren, die Versuchen, diese Forderung in die Realität umzusetzen oder uns schließlich darüber wundern, dass ihre Umsetzung in der Konsequenz eine Konfrontation mit der Staatsgewalt bedeutet.

Dass die auf Vollversammlungen beschlossenen Forderungen der StudentInnen im Senatssaal innerhalb von wenigen Minuten abgehakt, und nur durch demonstratives Gähnen und Blicke auf die Uhr gewürdigt wurden, entlarvt das Demokratiegefasel des Rektorats und verdeutlicht, dass der Protest entschlossener, breiter und unberechenbarer werden muss. Proteste wie jene gegen die CPE-Gesetze in Frankreich oder gegen die Studiengebühren in Hessen zeigen, dass ein solidarisches Zusammenspiel von unter-

schiedlichen Strömungen und Vorgehensweisen innerhalb der sozialen Bewegungen zu Erfolgen oder zumindest zu Teilerfolgen führen kann. Darüber hinaus entstehen so im besten Fall Netzwerke, mit welchen auch bei künftigen Auseinandersetzungen zu rechnen ist. Dieses kann jedoch nur gelingen, wenn nicht bei der Formulierung und Durchsetzung von Partikularinteressen stehen geblieben wird, sondern gesellschaftliche Verhältnisse, in denen soziale Selektion die Normalität darstellt, in ihrer Gesamtheit hinterfragt werden. Im Konkretem ist dabei der Kampf gegen Studiengebühren nicht wichtiger, als der Widerstand gegen Harz 4, die Illegalisierung und Diskriminierung von MigrantInnen sowie alle miesen, prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Die weltweite Krise des Kapitalismus, welche nun auch die Metropolen erreicht und deren Auswirkungen sich in den nächsten Jahren auch hier massiv bemerkbar machen werden, macht eine progressive soziale Bewegung mit dem Ziel die kapitalistischen Verhältnisse zu überwinden, notwendiger denn je. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sie sich gegen reaktionäre Antworten in Form von rassistischen und antisemitischen Lösungsvorschlägen behaupten muss.

[1] <http://www.asta.ms/news/presse/803-protest-gegen-studiengebuehren-ungebrochen--polizeieinsatz-unverhaeltnismaessig>

Searchlight-Veranstaltungen

am 23. Februar

am 23. März

Die "Autonome Nationalisten" und die Ästhetisierung von Gewalt

Neonazismus in Tschechien

Seit einigen Jahren gibt es in der Neonazi-Szene eine Strömung, die sich jener Symbole, Codes und Sprachformen bedient, die bisher eindeutig in der Linken verortet waren. Handelt es sich bei den "Autonomen Nationalisten" nur um verkleidete Neonazis oder um eine neue Form eines extrem rechten jugendkulturellen Sozialisationsangebotes? Was lässt sich aus der Enteignung der Form politischer Selbstinszenierung lernen? Wie sind kollektive Prozesse der Ästhetisierung von Gewalt zu verstehen? Diese und andere Fragen werden im Vortrag diskutiert.

In Tschechien häufen sich in letzter Zeit pogromartige Ausschreitungen - vor allem gegen Sinti und Roma - und es etabliert sich eine gewaltförmige Neonazi-Szene. Vor allem die neu entstandenen Gruppen der "Autonomen Nationalisten" verfügen über gute Kontakte nach Deutschland: Gemeinsam werden zum Beispiel Demonstrationen hier wie dort besucht. AntifaschistInnen aus Tschechien, die die rechte Szene seit Jahren beobachten, werden an diesem Abend über die Entwicklung in Tschechien berichten. Der Vortrag wird auf Englisch gehalten.

20.00 Uhr - DonQuijote
Scharnhorststr.57, Münster

20.00 Uhr - DonQuijote
Scharnhorststr. 57, Münster